

Jugendoffiziere und Karriereberater im Unterricht

Die Bundeswehr hat sich zu einem Besuch an eurer Schule angekündigt. Entweder mit einem Jugendoffizier oder mit einem Karriereberater.

Wir möchten euch im Folgenden über die Arbeit der Jugendoffiziere (m/w) und Karriereberater*innen informieren und Tipps geben wie ihr auf deren Kommen reagieren könntet.

Welche Aufgaben haben die Jugendoffiziere und Karriereberater*innen

Die Bundeswehr hat 94 Stellen für Jugendoffiziere (m/w), davon 11 Stellen (m/w) in Baden-Württemberg, die aber mangels ausreichender Bewerber*innen nicht alle besetzt werden können.

Die Jugendoffiziere haben die Aufgabe, über die zur Friedenssicherung nötigen Instrumente der Politik und die Aufgaben der Bundeswehr zu informieren.

Bundesweit gibt es über 400 Karriereberater*innen, die die Aufgabe haben, den nötigen Nachwuchs für die Bundeswehr anzuwerben, darunter auch viele Minderjährige.

Grundlagen:

Die Kooperationsvereinbarung des Kultusministeriums von Baden-Württemberg mit der Bundeswehr vom 14. August 2014 gibt den Rahmen für die Besuche der Jugendoffiziere in den Schulen vor.

„Ziel ist es dabei, die Schülerinnen und Schüler zu befähigen, sich mit unterschiedlichen Strategien der Friedenserhaltung eigenständig auseinanderzusetzen. Die Schülerinnen und Schüler sollen dabei lernen, kontroverse Positionen abzuwägen und zu einem eigenen Urteil zu kommen.“

„Jugendoffiziere der Bundeswehr informieren im Rahmen schulischer Veranstaltungen über die zur Friedenssicherung möglichen Instrumente der Politik und die dabei zusammenhängenden Aufgaben der Bundeswehr. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Vermittlung von Kenntnissen zur globalen Konfliktverhütung und zur Krisenbewältigung.“

Die Lehrer*innen entscheiden eigenverantwortlich, ob sie einen Jugendoffizier m/w einladen.

Der Jugendoffizier m/w darf nicht für den Dienst in der Bundeswehr werben.

Der Jugendoffizier m/w muss die Grundsätze des „Beutelsbacher Konsens“ einhalten. Es gilt das Überwältigungsverbot und Kontroversitätsgebot

Die amtlichen Mitteilungen des Kultusministeriums vom Juni 2015 regeln die Praxis der Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr

Jugendoffiziere im Unterricht. Die Schüler*innen sind zur Teilnahme verpflichtet.

Karriereberater*in im Unterricht: Die Teilnahme der Schüler*innen ist freiwillig. Die Schule muss die Rahmenbedingungen so ausgestalten, dass die Schüler*innen, die nicht teilnehmen wollen, auch tatsächlich fernbleiben können.

Tag der Schulen und sicherheitspolitische Seminare für Schüler*innen

Bei den sicherheitspolitischen Seminaren geht es um das Strategiespiel POL&IS (Politik und internationale Sicherheit), das mit dem Jugendoffizier über mehrere Tage gespielt wird.

Beim Tag der Schulen fährt eine Klasse zu Vorführungen/Übungen der Bundeswehr in eine Kaserne und kann den Alltag der Soldaten vor Ort erleben. Oft gibt es dabei Angebote zum Mitmachen.

Auch für diese Angebote gilt die Freiwilligkeit. Ihr könnt also nicht zur Teilnahme gezwungen werden, z.B. im Rahmen einer Klassenfahrt. Die Schule muss euch ein Alternativangebot anbieten.

Der Jugendoffizier kommt in die Schule.

Wenn das der Fall ist, dann wurde er von eurem/r Lehrer*in eingeladen. Da stellt sich die erste Frage, ob ihr dazu befragt worden seid. Falls nicht, könnt ihr eure Ablehnung kundtun. Diskutiert darüber in eurer Klasse und stimmt darüber ab, ob ihr den Besuch des Jugendoffiziers wollt. Lehnt ihr den Besuch ab, teilt ihr das eurem/r Lehrer*in mit, damit die Einladung zurückgenommen wird.

Wird mehrheitlich für den Besuch des Jugendoffiziers gestimmt, gibt es Protestmöglichkeiten gegen den Besuch.

- **Kontaktiert Friedens- und antimilitaristische Gruppen**
Schaut, ob es Gruppen in eurer Nähe gibt, die euch bei eurem Protest mit Materialien und Erfahrung unterstützen können. Gemeinsam seid ihr stärker und vielleicht verhindert ihr so, dass die Bundeswehr an eure Schule kommt.
- **Tretet mit der Presse in Kontakt**
Öffentlicher Druck durch die Presse lokal aufzubauen, hat schon in vielen Fällen dazu geführt, dass die Bundeswehr wieder ausgeladen wurde.
- **Bindet andere Gruppen in den Protest gegen den Bundeswehr-Besuch mit ein.**
Wahrscheinlich dürfen sie nicht das Schulgelände betreten, können aber den Protest von draußen mit Transparenten und Flyern unterstützen.

Der Jugendoffizier stellt sich oft als Fachmann für Sicherheitsfragen dar, spricht über die Sicherheitspolitik der Bundesregierung und evtl. auch über seinen Auslandseinsatz. Er ist aber kein Fachmann für Politik.

Wenn ihr mit einem Fachmann für Sicherheitspolitik reden wollt, dann mit den verantwortlichen Politikern, die im Parlament die Entscheidungen über Auslandseinsätze treffen.

Der Jugendoffizier kann immer nur den militärischen Teil einer kriegerischen Auseinandersetzung darstellen. Für alternative Sicherheitskonzepte der Konfliktbearbeitung und Friedenserhaltung fehlt ihm die Kompetenz. Ihr werdet vom Jugendoffizier immer einseitig informiert und das ist eben nur die halbe Wahrheit.

- **Fragt nach unangenehmen Details**
Wie viele Bundeswehrsoldaten*innen würden den Dienst an der Waffe weiterempfehlen?
Wie viele Soldaten*innen sind nach dem Auslandseinsatz traumatisiert?
Sind tatsächlich mehr Bundeswehrsoldaten*innen an Selbstmord gestorben als unter Beschuss?
Stellt Fragen nach den vielen Missbrauchsfällen in der Truppe.

Minderjährige in der Bundeswehr

Der Einsatz von Jugendlichen unter 18 Jahren als Soldat*innen in bewaffneten Konflikten und generell ihre Zwangsrekrutierung verstoßen gegen die Prinzipien der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen. Deutschland gehört zu den wenigen Vertragsstaaten, die von einer Ausnahmeregelung Gebrauch machen und Minderjährige Freiwillige für die Bundeswehr anwerben – jährlich zwischen 1.000 und 2.000 Minderjährige.

Fragen zu diesem Thema

- Warum zieht die Bundeswehr jährlich 1000-2000 Minderjährige ein, obwohl die Vereinten Nationen Deutschland mehrfach aufgefordert haben, diese Praxis zu beenden?
- Wie viele Euro gibt das Verteidigungsministerium jährlich für die gezielte Werbung von Kindern und Jugendlichen für die Bundeswehr aus?
- Könnte das Geld nicht besser dafür eingesetzt werden, um die Kinderarmut in Deutschland zu mindern?
- Nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz dürfen Jugendliche nur 40 Stunden pro Woche arbeiten, bei der Bundeswehr gilt jedoch die 41-Stundenwoche. Warum wird das nicht angepasst?

Ihr möchtet eine/n Vertreter*in der Friedensbewegung in den Unterricht einladen, um die Gegenseite zu hören. Das wird schwierig, da es in der Friedensbewegung nur sehr wenige Menschen gibt, die vormittags in die Schule gehen können. Sie machen das ehrenamtlich. Die Friedensorganisationen finanzieren sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Staatliche Unterstützung erhalten sie nicht. Daher fehlen den Friedensorganisationen die finanziellen Möglichkeiten und somit die personellen und materiellen Ressourcen, um mit den aus dem Verteidigungshaushalt finanzierten hauptamtlichen Jugendoffizieren mithalten zu können.

Daher können und wollen wir mit den Jugendoffizieren nicht konkurrieren und lehnen deren Auftreten in den Schulen ab. Wir sind der Auffassung, dass die Lehrer*innen so gut ausgebildet sind, um euch Schüler*innen im Unterricht umfassend über die verschiedenen Sicherheitskonzepte zu informieren.

Widerspruch gegen Datenerhebung von Wehrpflichtigen

Mit der Aussetzung des Wehr- und Zivildienstzwangs (seit Juli 2011) verbunden ist auch das Ende der Zwangserfassung durch die Meldebehörden für das Militär. Allerdings hat sich die Bundeswehr das Privileg zusichern lassen, weiterhin gratis an die Namen und Anschriften von jungen Menschen zu kommen. Das betrifft auch die Daten weiblicher Jugendlicher, die an die Bundeswehr weitergegeben werden, um sie für den Kriegsdienst gewinnen zu können. Die Bundeswehr schickt ihnen dann Werbematerial für den Dienst in der Bundeswehr. Sie musste aber bei der Neuregelung datenschutzrechtliche Standards berücksichtigen. Betroffene können die Datenerhebung grundsätzlich verhindern.

Die allermeisten Städte weisen die Betroffenen nicht einmal auf ihr Recht des Widerspruchs hin. Doch es gibt auch positive Gegenbeispiele
Um keine Werbepost der Bundeswehr zu erhalten, könnt ihr bei eurer Meldebehörde Widerspruch gegen die Weiterleitung eurer Daten einlegen.
Infos gibt es hier

Stand Februar 2020

